



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Psychosoziale Versorgung der Schüler*innen langfristig sicherstellen“ (Drucksache 20/2460)

Psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern ist ein wichtiges Thema, das in den letzten Jahren, insbesondere auch durch die Schülerinnen und Schüler selbst, verstärkt in den Fokus gerückt wurde. Verschiedene Studien zeigen, dass die Corona-Pandemie und deren Folgen, erheblich negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hatte, die bis heute noch spürbar sind. Zugleich sind durch die multiplen Krisen die familiären sowie individuellen Belastungen gestiegen, wovon besonders Kinder und Jugendliche betroffen sind.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits mit verschiedenen Maßnahmen, wie der Etablierung des Programms „Traumapädagogik in Grundschulen und Förderzentren in Schleswig-Holstein“ (TiK-SH) und der Handreichung zum Umgang mit pandemiebedingten Belastungen von Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Projekts „PRO-Jung“, darauf reagiert hat.

Ein gesundes und soziales Schulklima sowie eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern sind wesentliche Faktoren für das Wohlbefinden in der Schule. Daher sollten Maßnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit frühzeitig und nachhaltig im Schulalltag verankert werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung deshalb:

- zu prüfen, inwiefern das Fort- und Weiterbildungsangebot für Lehrkräfte dieses Thema angemessen abdeckt und etwaige Lücken zu schließen,

- auf Basis der Ergebnisse der Evaluation der neuen Oberstufenverordnung, Entlastungen für die Schülerinnen und Schüler insbesondere in Form von Stundenreduzierungen vorzunehmen,
- TiK-SH fortzuführen und mit Priorität die laufenden Befristungen bei den, aus dem Corona-Sofortprogramm finanzierten, Stellen für Schulpsychologen aufzuheben,
- die Gespräche mit den Kommunen zur Überarbeitung des Orientierungsrahmens Schulsozialarbeit und zur Schaffung einheitlicher Standards für die Schulsozialarbeit fortzuführen und gemeinsam mit den Kommunen zu prüfen, wie die Stellenausstattung der Schulsozialarbeit anhand einer landesweiten Bedarfsplanung qualifiziert ermittelt werden könnte,
- zu prüfen, ob die Zusammenarbeit zwischen Gesundheits- und Schulsystem durch regionale Kooperationen gestärkt werden kann, um insbesondere schwer psychisch erkrankten Schülerinnen und Schülern schnelle Hilfe zukommen zu lassen.

Anette Röttger
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion